



Wahlprüfsteine 2017

Konkrete Fragen an Parteivertreterinnen

- Besetzen Sie die **Wahllisten** im Reißverschlussverfahren von Männern und Frauen? Bzw. Wie hoch ist der Frauenanteil an den Abgeordneten Ihrer Partei, bei den Wahllisten?
- Welche Regelungen zur **Überwindung der Entgeltungleichheit** zwischen Frauen und Männern sowie der ungleichen Bezahlung in sogenannten Frauenberufen halten Sie für notwendig und wie wollen Sie diese umsetzen?
- Welche Maßnahmen planen Sie, um die durch das Ehegattensplitting, Lohnsteuerklasse V, die unzureichende steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten sowie die steuerliche Privilegierung geringfügiger Beschäftigung gesetzten Erwerbshürden für die Person mit dem je geringeren Einkommen zu beseitigen?
- Werden Sie sich für **politische Initiativen zur sexuellen Selbstbestimmung** grundsätzlich einsetzen? Wenn ja, für welche in besonderer Weise?
- Welche Stellungnahme beziehen Sie bezüglich der **Erhöhung der Verteidigungsausgaben**?
- Werden Sie sich für eine dramatische **Reduzierung deutscher Waffenexporte** einsetzen?

Flüchtlinge:

- Wie wollen Sie legale und sichere Einwanderungsmöglichkeiten für Geflüchtete nach Deutschland schaffen?
- Wie wollen Sie sicherstellen, dass spezifische Fluchtgründe von Frauen und Mädchen in Asylverfahren systematisch und verstärkt berücksichtigt werden?
- Wie wollen Sie erreichen, dass geflüchtete Frauen und Kinder entsprechend ihrer besonderen Schutzbedürfnisse untergebracht und unterstützt werden?
- Durch die Einschränkungen im Familiennachzug treten Frauen und Mädchen auf gefährlichen Fluchtwegen den Weg nach Europa an. Wie wollen Sie in dieser Situation zum Schutz von Frauen und Mädchen beitragen?
-

Forderungen an die Parteien

Beruf und Familie, Kinderbetreuung

- Mehr Kindergärten und Kinderkrippen, flächendeckende Sicherstellung von qualitativ hochwertiger und wohnortnaher Kinderbetreuung, flexible Öffnungszeiten
- Sicherstellung der Kinderbetreuung auch nach Übertritt in Schule, d.h. ausreichend Hortplätze
- Ausweitung der Partnermonate beim Elterngeldbezug

Arbeitsthemen

- Regulierung von Werkverträgen und Crowdfunding
- Abschaffung von Mini-Jobs
- Reduzierung der befristeten Arbeitsverträge
- Anspruch auf Rückkehr in Vollzeitpositionen, damit Frauen selbst eine angemessene Alterssicherung aufbauen können
- Volle Sozialversicherungspflicht für alle Arbeitsverhältnisse
- Zustimmung zur EU-Aufsichtsrätinnen-Richtlinie
- Einführung von Rentenpflichtbeträgen für mitarbeitende Ehefrauen und selbständige Frauen in einem Handwerksbetrieb zur besseren sozialen Absicherung

Rekrutierung von Frauen und Beförderung

- Verbindliche Ziel- und Zeitvorgaben zur Gleichstellung und für Frauen in Führungspositionen
- Empfehlung zur anonymisierten Bewerbung

Bezahlung und Gender Pay Gap

- Gerechte Bezahlung für alle Care-Berufe
- Einführung eines Verbandsklagerechts bei Verstoß gegen Entgeltgleichheit
- Einführung eines effektiven Entgeltgleichheitsgesetzes
- Gesetzlich vorgeschriebene Lohnprüfverfahren, um Entgeltungleichheiten systematisch aufzudecken und zu beseitigen
- Verwendung des logib-D Verfahrens (s. Bundesministerium) als Voraussetzung für öffentliche Ausschreibungen
- Abschaffung Ehegattensplitting

Ehrenamt / Pflege

- Rentenrechtliche Anrechnung langjähriger ehrenamtlicher Arbeit
- Rechtsanspruch auf Pflegezeit – Bezahlung einer 10-tägigen Freistellung für Pflege, analog der Regelung bei Erkrankungen von Kindern
- Anrechnung von Pflegearbeit für die Rente

Flüchtlinge

- Frauen muss in deutschen Flüchtlingsunterkünften der notwendige Schutz gewährt und angemessene Unterstützung angeboten werden
- Sexualisierte Gewalt muss als Fluchtgrund anerkannt werden
- Geschlechtersensible Aufnahmeverfahren für Asylsuchende
- Zeitnahe Familienzusammenführung zum Schutz von Ehe und Familie
- Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen auch nach Trennung vom Ehemann
- Bekämpfung sexualisierter Kriegsgewalt, Strafverfolgung der Täter auf internationaler Ebene und direkt vor Ort, Förderung der Unterstützung für Überlebende und ihre Familienangehörigen vor Ort
- Umsetzung **des Nationalen Aktionsplans 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“**, **Geschlechtergerechtigkeit als Eckpfeiler deutscher Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik**, Ausstattung mit eigenem Budget und personellen Ressourcen.

Sonstiges

- Paritätsgesetz zur Parität in den Parlamenten, d.h. Verpflichtung der Parteien, ihre Wahllisten paritätisch zu besetzen
- Bekämpfung von Zwangsprostitution und Zwangsheirat
- Unverzögliche Umsetzung der EU-Richtlinie gegen Menschenhandel
- Längeres und durchgehend gewährtes Aufenthaltsrecht für Opferzeuginnen
- Erstellung eines Gleichstellungsberichtes in jeder Legislaturperiode
- Abschaffung der Steuerklasse V
- Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Gesetzesfolgenabschätzung bei allen Gesetzesvorhaben
- Antisemitismusbeauftragten im Kanzleramt
- Anpassung des Abstammungsrechts an neue Familienformen
- Altersgrenze bei Bewerbungen für Kunst- und Kulturpreise nach oben verschieben
- Mehr Wohnraum für Frauen in Notsituationen (obdachlose Frauen, Alleinerziehende, Frauenhäuser, Schutzwohnungen), Wohnraumzuweisung auch bei psychischer Gewalt

- Wohnungsunternehmen, die nachhaltig günstigen Wohnraum gerade für Frauen erstellen, sollen bei der Grundstücksvergabe (städtische oder staatliche Grundstücke) bevorzugt werden
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Mittelverwendung zur Armutsbekämpfung
- Senkung der Mehrwertsteuer für Hygieneprodukte von Frauen (Tampons, Monatsbinden etc.) und Kindern (z.B. Windeln)
- Kinderrechte im Grundgesetz verankern
4Anmerkung: Im Artikel 24 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sind die Rechte der Kinder festgeschrieben! (s. Resolution des KinderschutzBundes BV e.V. betr. Wahlprüfsteine)
 - o Inklusion ist auch ein Kinderrecht (UN-Behindertenrechtskonvention)
 - o Kinderrecht auf Familie - auch bei Pflegeeltern
 - o Kinderrechte sind unteilbar (auch für unbegleitete Flüchtlingskinder)
 - o Kinder haben ein Recht auf Beteiligung (ombudschäftliche Vertretung von Kindern)
- Pflegenotstand, Thema der zu frühen, sog. „blutigen Entlassung“